

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5,50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig.**
Tauscher Straße 19/21 — Telefon 4598

Inseratenpreise: Die 7spaltige Kolonelle oder deren Raum 1,90 Mk., bei Platzvorkauf 2,30 Mk.; Familienanzeigen, die 7spaltige Zeile 1,70 Mk. Reklame-Kolonelle 7,50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Der Bericht des Legationssekretärs v. Schön.

(Zur Kriegsschuldfrage.)

München, 3. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Münchener Morgenpost führt in ihrer Nummer 40 die schonbaren Widersprüche auf, die im bayerischen Gesandtschaftsbericht vom 18. Juli 1914 enthalten sind, der von dem Vertreter des damals nicht ohne Absicht beurlaubten bayerischen Gesandten, Graf Verhensfeld, dem Legationsrat v. Schön unterzeichnet war. Die Morgenpost schreibt:

Wir wissen, daß es im diplomatischen Dienst in Deutschland üblich war, einen doppelten Schriftverkehr zu führen. Der eine war ein sekretärer (geheimer), der nur zur privaten Information des verantwortlichen Ministers — im Falle Bayern des Ministerpräsidenten Hertling — diente und der den Beamten und Referenten des Außenministeriums nicht zugänglich war. In diesen privaten Berichten wurde die politische Lage wahrheitsgemäß und freier und offener dargestellt. Diese Berichte durften nur eigenhändig vom Ministerpräsidenten behandelt und erledigt werden. Daneben lief ein offizieller Bericht, der die laufende Nummer trug und den zuständigen Referenten zugänglich war. Diese Berichte wurden so abgefaßt, daß sie gegebenenfalls der Öffentlichkeit übergeben werden konnten. Sie enthielten die Angaben für die Öffentlichkeit. In dem Gesandtschaftsbericht des Herrn v. Schön, den die Süddeutschen Monatshefte einen „jungen, unbekannten Diplomaten“ nennen, ist der offizielle und der private Bericht zusammengeworfen. Als junger unerfahrener Diplomat hätte er anscheinend keine Kenntnis von der Uebung der doppelten Buchführung im diplomatischen Dienst. Daher kommt es, daß in diesem Gesandtschaftsbericht an einer Stelle die Rede sein kann von der „Lokalierung“ des serbisch-österreichischen Konflikts und an einer andern Stelle von der Unterhaltung eines jedes österreichischen Vorgehens, selbst auf die Gefahr eines europäischen Krieges hin. Die „Lokalierung“ des Konflikts war die für die Öffentlichkeit bestimmte Fügung und der ins Auge gefaßte europäische Krieg die für Herrn Hertling bestimmte private Information des preussisch-deutschen Generalkabes.

Zum Schluß erhebt die Münchener Morgenpost die Forderung nach Veröffentlichung der Akten des preussischen Generalkabes, weil ohne diese Akten die Schuldfrage nicht richtig gelöst werden könnte.

Die Pariser Konferenz.

Berlin, 3. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In der oberstelegraphischen Frage gibt es nichts wesentlich Neues. Die Sachverhältnisse sollen, wie Pariser Zeitungen mitteilen, von beiden Störzivilien abgekommen sein. Spätestens Sonntag wird ein fertiger Vorschlag der Sachverständigenkommission vorliegen. Ueber die Dauer der Konferenz werden widersprüchvolle Angaben gemacht. Der Internationalist spricht von einer Teilung der Konferenz. Erstens soll in 2-3 Tagen über Oberschlesien entschieden werden, dann würde eine Pause folgen, um festzustellen, wie Deutschland sich mit dieser Lösung abfindet. Späterhin würde dann eine zweite größere Konferenz alles übrige erledigen.

Auf der gleichzeitig tagenden Konferenz der Finanzminister sollen die Kosten der militärischen Besatzung zur Verhandlung kommen, die für Frankreich, England und die Vereinigten Staaten verschieden sind und für die ein Ausgleich gesucht wird. Weiter wird über die zwischen Belgien und den andern Alliierten stehende Finanzfrage beraten werden, einschließlic über die Wiederherstellung, für die Loucheur und Rathenau einen Plan aufgestellt haben, der anscheinend nicht die Billigung Englands findet.

Aus Brüssel wird dem Berliner Tageblatt gemeldet, daß Belgien nur an jenen Beratungen des Obersten Rates teilnehmen wird, die ein direktes Interesse für Belgien haben.

Die Arbeit des Sachverständigenausschusses.

Paris, 2. August. Die Havasagentur teilt mit, Briand habe die Einladungen an die verschiedenen Mächte, die beim Obersten Rat von Montag, den 8. August ab vertreten sein sollen, gestern abend nicht abgefaßt. Der Ministerpräsident warte die Aufstellung der Tagesordnung ab, um zu sehen, welche Staaten an den Beratungen mit den Vertretern der vier Großmächte Frankreich, England, Italien und Japan, aus denen die Konferenz von Rechts wegen besteht, gezogen werden sollen. Inzwischen sche die interalliierte Sachverständigenauschuss die Prüfung der oberstelegraphischen Frage fort. Er habe nacheinander die verschiedenen in Vorschlag gebrachten Teilungspläne studiert: den Plan de Marini, den Plan Le Rond, den Plan Korfanti, den Plan Sforza. Die italienischen Vertreter hätten zu letzterem Entwurf zu erkennen gegeben, er könne eine sehr ernste Verhandlungsgrundlage bilden, ohne jedoch die italienische Delegation zu binden. Die französischen Vertreter hätten sich über ihren Standpunkt noch nicht ausgesprochen.

Paris, 3. August. (L.-U.) Die französischen, englischen und italienischen Sachverständigen fahren fort, am Quai d'Orsay das Problem der Verteilung Oberschlesiens unter Berücksichtigung der Abstammung vom 20. März sowie unter Berücksichtigung der geographischen und wirtschaftlichen Lage der betreffenden Ortschaften zu prüfen. Ihre Arbeiten dürften am Sonntag, dem 7. August, beendet sein.

Der Brief Dr. Rolens an den französischen Volkshafter.

Berlin, 3. August. (L.-U.) Die Berliner Börsen-Zeitung bringt den Brief Dr. Rolens an den französischen Volkshafter Laurent in einer Uebersetzung aus dem Manchester Guardian. Der Brief lautet:

„Ich bin jetzt in der Lage, Ihnen den Standpunkt mitzutheilen, den die deutsche Regierung in der Frage der Beförderung einer

französischen Division durch Deutschland hindurch einnimmt, die den Gegenstand verschiedener Verhandlungen gebildet hat. Die deutsche Regierung hat gemäß dem von Eurer Exzellenz zum Ausdruck gebrachten Vorschlag keineswegs die Absicht, diese Frage lediglich vom Rechtsstandpunkt aus zu behandeln. Inzwischen ist bekannt geworden, daß der Oberste Rat in einigen Tagen zusammenzutreten wird und über diese Frage entscheiden wird. Die deutsche Regierung zögert nicht, hierdurch festzustellen, daß sie die Entscheidung des Obersten Rates annehmen wird.“

Neue Pläne der Polen?

Nach Meldungen Berliner Blätter aus Beuthen deuten alle Anzeichen auf einen unmittelbar bevorstehenden polnischen Aufbruch hin. Der polnische Terror greift immer weiter aus sich. Aus Nilschacht hätten die deutschen Grubenbeamten vor dem Terror fliehen müssen. Auch in Gieschewald und Janow würden die deutsch Gesinnten von polnischen Banden zur Flucht gezwungen. Aus Laura Hätte und Nikolai werden Zusammenrottungen ehemaliger Insurgenten gemeldet, die schwere Gefahren für den deutsch gesinnten Teil der Bevölkerung befürchten ließen.

Katibor, 2. August. Gestern fanden in den Grubenplänen das Anbniler Reviers zahlreiche polnische Versammlungen statt. Gegen die Stadt Katibor wird ein förmlicher Boykott durchgeführt. Die Bauern der umliegenden Dörfer dürfen keine Lebensmittel, besonders keine Kartoffeln und kein Gemüse auf den Markt bringen. Die städtische Bevölkerung ist dadurch in große Not verwickelt.

Tschechische Forderungen an Oberschlesien.

Berlin, 3. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Anlässlich einer Interpellations-Beantwortung erklärte, wie die Boffische Zeitung mitteilt, der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch die Grenze der Tschechoslowakei gegen Oberschlesien für unbefriedigend, sowohl die strategischen wie volkswirtschaftlichen Rücksichten fordernd dringend ihre Verzichtigung. Hierüber würde im Zusammenhang mit dem Schicksal Oberschlesiens entschieden werden. Besonders wichtig sei für die Tschechoslowakei die Erwerbung von 16 Gemeinden nördlich Troppau.

Polnische Aspirationen.

Berlin, 3. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Boffische Zeitung meldet: Das Organ des polnischen Ministerpräsidenten bringt einen Artikel, worin sie die Bedingungen formuliert, die Polen für den Anschluß an die kleine Entente zu stellen hätte: 1. Offene Anerkennung und Garantie des polnischen Staates, wie seine Grenzen durch den Frieden von Riga festgelegt sind. 2. Auflösung aller ukrainischen Formationen in der Tschechoslowakei und die Ausweisung aller antipolnischen Agitatoren. 3. Tatkraftige Unterstützung im Streit um Oberschlesien. 4. Ukrainische Grenzberichtigung zugunsten Polens. 5. Garantien für polnische Minderheitsrechte in der Tschechoslowakei. 6. Schaffung einer Donauföderation zwischen Tschechoslowakei, Ungarn und Oesterreich, die sich mit einer Föderation Polens, Italiens, Rumäniens und Jugoslawiens zu verbinden hätte, um den Frieden in Mitteleuropa zu garantieren.

Die gesamte tschechoslowakische Presse lehnt diese Bedingungen, wie die Boffische Zeitung mitteilt, als unannehmbar ab, sie betont mit Recht, daß sich in der Tschechoslowakei keine einzige Partei finden wird, die dem polnischen Imperialismus so weitgehende Konzessionen machen wollte.

Der Kampf des Danziger Senats gegen die Arbeiterschaft.

Der Senat der Freien Stadt Danzig hat mit Rücksicht auf den 4. August von den sozialistischen Parteien geplanten 24stündigen Generalstreik einen Aufruf erlassen, in dem es heißt: Der Generalstreik in der beschlossenen Form ist ein Verbrechen an der Gesamtheit, für die Stadt kann er zur Katastrophe werden. Die Regierung hält es für ihre Pflicht, mit allem Ernste anzukündigen, daß sie fest entschlossen ist, der Gewalt nicht zu weichen. Es wird für Sicherheit und Ordnung, für den Schutz der Arbeitswilligen unbedingt gefordert werden. Die Regierung warnt vor allem die in kantatischen oder städtischen Diensten stehenden Personen, sich am Generalstreik zu beteiligen. Wer trotzdem daran teilnimmt, hat sich als entlassen zu betrachten.

Daß kein Vorgehen den gewünschten Erfolg haben wird, scheint der reaktionäre Danziger Senat selbst nicht zu glauben, denn er versucht die erregten Arbeiter und Angestellten gleichzeitig durch Versprechungen zu beruhigen. Den Beamten und Angestellten werden Gehaltserhöhungen, den Arbeitern erhöhte Beihilfen versprochen. Wie eine weitere Meldung besagt, wird sich aber die Danziger Arbeiterschaft weder durch Drohungen noch durch Versprechungen von der Durchführung des Streiks abhalten lassen.

Die kommunistischen Mantelträger.

Seld Brandler, der Ehrenvorsitzende des kommunistischen „Weltkongresses“.

Gestern haben wir den Wortführer der Roten Fahne gegen die „eigenen Gesellen“ abgedruckt, die im „Weg“ des Herrn Leni fortan ihre Artikel anonym erscheinen lassen. In diesem Bannstrahl ist auch die Rede von einem gestohlenen Brief, den ein „gemeiner Lump“ in den Räumen der Zentrale an sich gebracht und den er nun im Weg veröffentlicht habe. Es handelt sich um einen interessanten Brief Heinrich Brandlers, des 2. Vorsitzenden der Kommunistenpartei, der nach dem Märzputsch zu zwei Jahren Festungshaft verurteilt und hinterher trotz der Empörung der Arbeiterschaft über keine die kommunistische Taktik statt verlöugnende Haltung vor dem Gericht zum Ehrenvorsitzenden des Moskauer kommunistischen Kongresses gewählt wurde. Nachdem wir das Schreiben gelesen, begehen wir vollauf die wehkläufende Mut der Zentrale — ein für die Kommunisten Kompromittiertes Dokument ist lange nicht erschienen. Wo hat nämlich dieses Musterbild eines tapferen Revolutionärs geschlafen?

Berlin, den 17. Juni 1921.

Werte Genossen! Ich habe acht Tage Urlaub bekommen. Ich nehme an, daß die Regierung meine Freiheit wünscht. Ein Grund für mich, jetzt nicht zu fliehen. Ich benötige die Gelegenheit, Euch über die Art meiner Projektführung meine Gründe mitzutheilen. Ich wollte ursprünglich den Prozeß rein agitatorisch mit der Wirkung allein nach außen führen. Ich bin davon abgekommen, weil sich im Verlaufe der Voruntersuchung herausstellte, daß die Möglichkeit bestand, eventuell

Festung Satz Justhausstrafe zu bekommen.

Ich brauche Euch nicht zu versichern, daß nicht persönliche Gründe, wie größere Bequemlichkeit bei Festungstrafe, für mich ausschlaggebend waren. Als sich im Verlaufe der Voruntersuchung die Möglichkeit einer eventuellen Festungstrafe herausstellte, habe ich meinerseits alles getan, um mich mit der Zentrale zu verständigen. Ich tat das durch meine Frau, durch meinen Rechtsanwält. Es wurde mir von Rechtsanwalt Weinberg, von meiner Frau und von Stoeder, der mich einmal im Gefängnis besuchte, mitgeteilt, daß die Zentrale mit der von mir vorgeschlagenen Projektführung, die darauf abzielte, Festungstrafe zu erwirken, einverstanden sei. Ebenso ließ ich anfragen, ob Bedenken beständen, die Remundsojeigen aus Chemnitz zu vernehmen, um den Zweck zu erreichen. Auch damit erklärte sich Stoeder und, wie Weinberg mir mitteilte, auch Bick und August (Thalheimer) einverstanden. Das Zeugnis Lewis habe ich von Vorhererein abgelehnt, obwohl Weinberg immer wieder versuchte, ihn heranzuziehen. Jetzt hinterdrein ist Meyer, Wascher und Eberlein der Meinung, daß dies falsch war. Die alte Komödie der Arrangements.

Ich klage die Zentrale nicht an. Ich kenne ja den Betrieb. Ich will Euch die entscheidenden Gründe mitteilen, weshalb ich mich nach Erwägung des „Für“ und „Wider“ für die einschlägige Art der Verteidigung entschieden habe. Die Möglichkeit, Festungstrafe herauszuholen, ergab sich aus zwei Umständen. Der Staatsanwalt Polzer hatte zum erstenmal einen politischen Prozeß, und versteht von der Politik soviel, wie die Kuh vom Seltzsaugen. Er war der Meinung, daß jeder Kommunist und gar der Vorsitzende der Partei eine Art vertriebsfähiger krimineller Verbrecher ist. Als er merkte, daß ich ihn bei der ersten Vernehmung, wo ich jede Auslage verweigerte, nicht auftrah, war seine Auffassung von den Kommunisten erschüttert. Wir hatten dann noch hundentlang politisiert. Ich konnte mich ihm gegenüber nur verständlich machen.

wenn ich ihn von der nationalbolschewistischen Seite bearbeitete. Das gelang mir. Ich erfuhr, daß mein Gericht von zwei Leitzgebanten getragen wird: Kommunistenverfolgung und die „Schlappe Regierung“ ärgern. Wenn die Möglichkeit bestand, den Orgeschrichtern zu kooperieren, daß es die Regierung ärgern würde, wenn sie mich zu Festung verurteilten, war Aussicht, Festungstrafe zu erzielen. Das waren die Voraussetzungen, die erfüllt werden mußten bei der Art meiner Verteidigung. Ich versuchte, mir die politische Wirkung einer Festungstrafe klarzumachen. Wollte ich Festung erhalten, so mußte meine Verteidigung in der Sache definitiv sein und in der Form durfe ich das Gericht keiner starken Belastungsprobe aussetzen. Das waren zwei Bedingungen, von denen mir klar war, daß sie einen Teil der Arbeiter nicht befriedigen würden. Dem stand gegenüber daß eine Verhandlungsführung, die sich einstellt, vor Gericht die Verteidigung gegen den Vorwurf des Bolschismus durchzuführen, in der gegebenen politischen Situation, wo es gilt die

rechts von uns stehenden Arbeiter wieder in einen gewissen Kontakt mit der Partei zu bringen,

mir sehr zweckmäßig schien. Wenn mir als dem Hauptbeldesführer sogar vor dem außerordentlichen Gericht durch Anerkennung der sogenannten „ehrenhaften“ Gefinnung bestätigt wurde, daß die Vorwürfe unserer Gegner nicht einmal einer Prüfung vor dem außerordentlichen Gericht standhalten, so schien mir das ein nicht abzuweisender Grund. Hätte ich Justhausstrafe bekommen, so wäre es unter Partei natürlich sehr leicht gemacht, eine Anzahl gut besuchter Protestversammlungen abzuhalten. Damit wäre die Angelegenheit erledigt gewesen, weil im Grunde kein Mensch etwas andres erwartete hatte. Die Komödie der Reichsregierung und der Sozialdemokraten, einige sogenannte Verführte und Mitläufer zu beanadigen, um den größten Teil der Beurteilten um so geräuschloser in den Justhäusern zu betreten, wäre gescheit. Durch die Tatsache, daß ich als Vorsitzender der RABD, Festungstrafe bekommen habe, indes die sogenannten Verführten von derselben Regierung in den Justhäusern gehalten werden, scheint mir diese ganz heuchlerische Strategie der Reichsjustiz durchkreuzt. Der Maitation für eine wirkliche Amnestie ist meiner Meinung nach damit ein neuer Schritt gemacht.

Das waren die hauptsächlichsten Gründe dafür, daß ich mich für die Form der Verteidigung entschied. In der Ausbeutung